

Regionalplenum Hessen/Baden

der Initiativen gegen Atomanlagen



Redebeitrag Hessen-Baden-Plenum Biblis Demo 27.4. 1996

Ich spreche für das Hessen-Baden-Plenum, einem Zusammenschluß von Anti-AKW Initiativen von Karlsruhe bis Gießen. Wir machen seit einigen Jahren Aktionen unter anderem auch zu den beiden AKW s Biblis A und B ; so z.B. die Demonstration in Biblis zum Tschernobyl-Jahrestag im April 1994, Aktionen gegen den Castor-Transport nach Gorleben wie die Demonstration in Philippsburg und eine Strommastbesetzung an der A 66 Frankfurt-Wiesbaden.

Wie hat sich die Atom-Politik 10 Jahre nach Tschernobyl verändert ?

Die SPD wollte laut Parteitagebeschuß von 1986 in 10 Jahren aus der Atomenergienutzung aussteigen. Wo ist sie hingestiegen ?

In Hessen regiert seit 7 Jahren eine SPD/Grünen-Koalition. Die Atomreaktoren in Biblis sind immer noch nicht endgültig stillgelegt.

Die Betreibergesellschaft von Biblis, RWE, setzt trotz Tschernobyl und der zahlreichen Störfälle in Biblis unverändert auf die Produktion von Atomstrom.

CDU/CSU und FDP betätigen sich nach wie vor als Lobbyisten der Atomindustrie.

Die Grünen fordern den Ausstieg aus der Atomenergie. Es fragt sich „wie lange noch ?

10 Jahre nach Tschernobyl boomt die Atomindustrie in Südostasien. In Europa befindet sie sich in Wartestellung.

Auf den ersten Blick sieht es für die Atombetreiber in Deutschland nicht gut aus. Hohe fehlgeschlagene Investitionskosten (Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop, WAA Wackersdorf, Schneller Brüter Kalkar und hoffentlich das AKW Mühlheim-Kährlich ; keine genehmigtes Endlager für hochradioaktiven Müll; geringe Akzeptanz in der Bevölkerung, kein Bedarf für neue Atommeiler wegen Stromüberkapazitäten; noch kein akzeptabler konkurrenzfähiger neuer Reaktortyp.

Auf den zweiten Blick sind die Rahmenbedingungen für die Atomindustrie nicht schlecht.

Ideologisch nicht ungeschickt wird die angeblich saubere Atomkraft als ein Heilmittel gegen die drohende Klimakatastrophe verkauft.

Zunehmend geht die Atomindustrie auch praktisch in die Offensive.

Pläne und Diskussionen um angeblich sichere, standort-unabhängige Reaktoren und Fusionsreaktoren, Baubeginn des Forschungsreaktors Garching II, neue Atomanlagen und Nachrüstung bestehender Anlagen in der ehemaligen DDR und in Ost-Europa; polizeistaatlicher Vollzug von Atomtransporten wie beim Castor-Transport nach Gorleben; Bemühungen um einen politischen Konsens für die weitere Nutzung der Atomenergie.

Von Seiten der SPD drohen für die weitere Nutzung der Atomenergie keine Gefahren. Der Ausstiegsbeschuß der SPD von 1986 ist längst Makulatur, wenn er denn je mehr gewesen ist. Ernsthafte Versuche z.B. von SPD geführten Landesregierungen,

diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, konnten nicht beobachtet werden. Im Gegenteil, die SPD machte durch ihre Zustimmung zur Änderung des Atomgesetzes den Weg für neue Reaktoren und den ungestörten Betrieb der alten Reaktoren frei. Was ist auch anders von einer Partei zu erwarten, die so eng mit Stromkonzernen verflochten ist. Bei RWE z.B. finden sich viele Sozialdemokraten in der Geschäftsführung, im Vorstand, Aufsichtsrat und im Beirat wieder. Durch diese spezifische Struktur der RWE sichern sich sozialdemokratische Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren Macht und Einfluß. Bisher sind diese sozialdemokratischen Funktionsträger nicht durch atomkritische Initiativen aufgefallen.

Was können wir 10 Jahre nach Tschernobyl von den Grünen erwarten ?

Mit Sicherheit „Anpassungsprozesse“

1982 hieß es im Landtagswahlprogramm der Grünen in Hessen, daß für sie Kompromisse in Überlebensfragen - zu diesen zählten sie auch die Atomkraft- nicht in Frage kämen. Um überhaupt in die Landesregierung zu kommen, mußten sie ihre Grundpositionen über Bord werfen. Dazu gehörte auch, Biblis A und B zu akzeptieren. Grüne Funktionsträgerinnen als Umweltministerinnen haben die AKW's nach Recht und Gesetz zu verwalten. Die vorgegebene Geschäftsgrundlage sieht vor, daß Atomkraftwerke Teil der Energieversorgung sind und das im Bundesbunker in Hanau - für alle Fälle - waffenfähiges Plutonium lagert.

1986, kurz nach dem Super-Gau in Tschernobyl, stellte der hessische Umweltminister, Herr F., anläßlich einer Besetzung seines Ministeriums durch Atomkraftgegner, zerknirscht fest, daß er nach der Geschäftsverteilung für die hessischen AKWs nicht zuständig und ihm deshalb die Hände gebunden seien.

10 Jahre später bekennt seine Nachfolgerin, Frau N., anläßlich einer Benefiz-Gala für die Kinder von Tschernobyl „Ich tue alles, um Atomkraft sicherer zu machen“. Bedeutet dies nicht in Wirklichkeit „Ich tue alles, um Scheisse schmackhafter zu machen?“

Herr F. und Teile seiner Partei sind heute dort angekommen, wo die SPD 1986 stand. Es wird der Ausstieg aus der Atomkraft in Jahrzehnten propagiert. Das läßt uns für die nächsten 10 Jahre hoffen.

Wer -wie die Grünen- die Anpassung an die herrschenden Verhältnisse zum Programm erhoben hat, möchte den Atomstandort Deutschland sicherer machen und der findet auch nichts dabei, dem Kriegseinsatz deutscher Soldaten im ehemaligen Jugoslawien zuzustimmen.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen :

Unsere Kritik richtet sich in erster Linie gegen die Atomindustrie und ihre politischen Bauchredner in CDU/CSU, FDP und Teilen der SPD, mögen sie Kohl, Merkel, Rexrodt oder Rappe heißen. Diese Politik gibt den Profitinteressen der Atomindustrie den Vorrang vor den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung.

Darüber sind heute hier auf dieser Demonstration keine Worte mehr zu verlieren.

Fatal wäre es jedoch, über Anpassungsprozesse bei den Grünen zu schweigen, nur weil die Grünen sich früher einmal als parlamentarischer Arm der Anti-AKW- Bewegung verstanden haben. Diese Zeiten sind lange vorbei. Heute haben die Grünen andere Sorgen, gilt es doch mit der FDP um die Rolle des Mehrheitsbeschaffers für Regierungskoalitionen zu konkurrieren.

Und wie stehts mit der Anti-AKW-Bewegung 10 Jahre nach Tschernobyl ?

Trotz Tschernobyl ist es uns nicht gelungen, die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen durchzusetzen..

Die Anti-AKW-Bewegung ist eine beschränkte 1-Punkt -Bewegung geblieben. Symptomatisch für die Beschränktheit mit der das Thema Atomkraft angegangen wird, ist das Motto zu Aktionen gegen die Jahrestagung Kernenergietechnik in Mannheim im kommenden Mai : Es lautet : Atomkraft - gefährlich, teuer ersetzbar. Die Atomindustrie soll doch endlich davon überzeugt werden, daß sie ihre Profite nicht mit der Atomkraft machen soll.

Der militärische und gesellschaftspolitische Aspekt der Atomkraftnutzung wird vollständig ausgeblendet.

Gegensätzliche Interessen können nicht durch Appelle und Diskussionsveranstaltungen harmonisiert werden. Nur die Energie-Wende zu fordern ohne eine grundsätzliche Kritik an herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen, kann man mit dem Motto beschreiben : „Alter Kack in neuem Frack.“

„ Stromkonzerne wie RWE und Preussag werden weiterhin ihre Profite einfahren, dann allerdings mit sauberer Sonnenenergie.

Resignation allerdings ist völlig fehl am Platze. Die Aktionen gegen den Castor-Transport nach Gorleben vermitteln eine Ahnung von den Möglichkeiten, selbst in miesen Zeiten Sand ins Getriebe zu streuen.

Unser Ziel ist nach wie vor die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

Es gilt weiterhin : Darüber gibt es nichts zu verhandeln. Die Durchsetzung dieses Ziels ist für uns nur durch Druck von unten denkbar. Auch der Spaltung des Widerstands in gut und böse erteilen wir eine strikte Absage.

Wie sagte doch der RWE-Vorstand Kuhnt im Handelsblatt vom 7.9.95:

„ In der deutschen , kerntechnischen Entwicklung dürfe kein Fadenriß entstehen. Sorgen wir dafür, daß der Faden endgültig reißt.